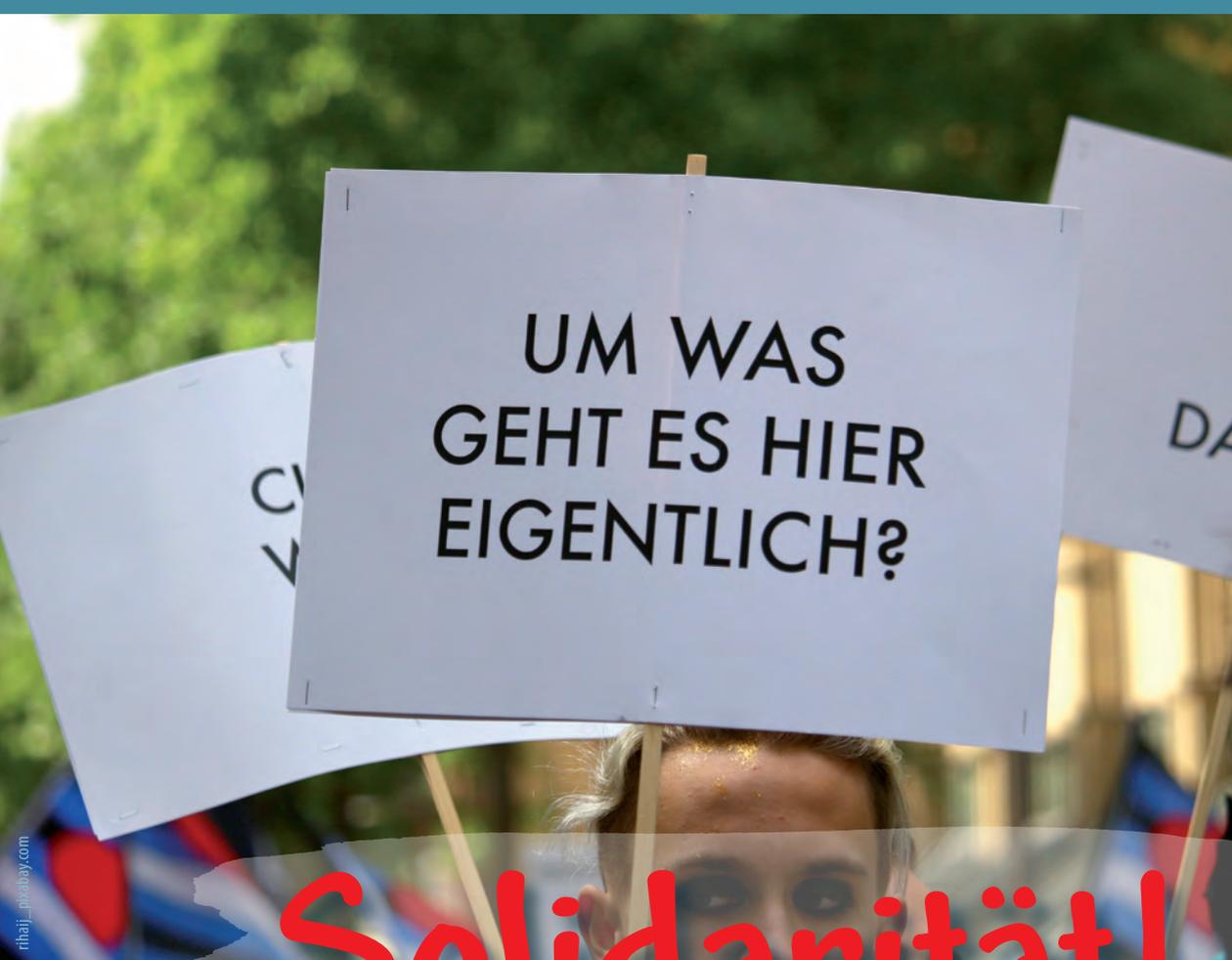


PAED OL

Ausgabe Nr. 107 | März 2022



UM WAS
GEHT ES HIER
EIGENTLICH?

Solidarität!



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft | Oldenburg-Stadt

Staugraben 4a | 26122 Oldenburg | Tel. 0441 - 957 28 45 (Mi + Do 15 - 18 Uhr)

www.gew-oldenburg.de

rhajj_phtabay.com

Inhalt

Liebe Leserin, lieber Leser!	3
Tarifrunde 2021	4
<i>Rita Vogt</i>	
Solidarische Anmerkungen zur Tarifrunde 2021	7
<i>Heinz Bührmann</i>	
An die TVstud Aktion	8
Sommerfest	9
Gewerkschaftsarbeit als fester Bestandteil der (universitären) Ausbildung	10
<i>Elisabeth Janssen</i>	
Tätigkeitsbericht des Kreisvorstandes	12
GEW-Vertrauensleute / GEW-Kontaktpersonen	14
<i>Elfie Feller, Pedro Martínez, Ute Wiesenäcker</i>	
Fragebogen GEW-Vertrauensleute / GEW-Kontaktpersonen	15
<i>Elfie Feller, Pedro Martínez, Ute Wiesenäcker</i>	
Nichts bleibt wie es ist – außer der Schule.....	16
<i>Elfie Feller</i>	
kurz notiert	18
Für eine wirklich neue Schule auf dem ehemaligen Fliegerhorst!	20
<i>Heinz Bührmann</i>	
Brandbrief an den Kultusminister	22
<i>Monika de Graaff, Elfie Feller, Heinz Bührmann</i>	
Fragen zur Inklusion an die Fraktionen im Rat der Stadt Oldenburg	24
<i>Elfie Feller, Heinz Bührmann</i>	
Klares Bekenntnis zur Inklusion	30
<i>Ute Wiesenäcker, Henner Sauerland, Hansjürgen Otto, Gesine Multhaupt, Elfie Feller</i>	
Dein Beitrag für die PaedOL	31
Solidarität im Zeichen von COVID-19	32
<i>Heinz Bührmann</i>	
Montagabend-Impressionen	33
<i>Paul-Willem Schläfke</i>	
Der GEW-Kreisvorstand	34
Antrag auf Mitgliedschaft	35
Impressum	36

Liebe Leserin, lieber Leser,

SOLIDARITÄT durchzieht als **roter Faden** diese Ausgabe. Ein Novum, denn für Gewerkschaften selbstverständlich, ist es für die Breite der Gesellschaft eine absolut neue Herausforderung: Nicht nur bezogen auf Covid-19-Schutzmaßnahmenkataloge, sondern auch beim Tarifaabschluss aus dem letzten Herbst, aber auch bezogen auf den Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen, mit Migrationshintergrund, Menschen auf der Flucht, nach der Flucht, Menschen ohne Obdach, Menschen in Not.

Inklusion ist ein Solidaritäts-Thema: Alle treten einen Schritt zurück, aber alle profitieren, und NIEMAND bleibt zurück! Eigentlich ganz einfach und logisch, aber so schwer vermittelbar, bzw. in diesem Schulsystem realisierbar! (oder leider NICHT!)

Viele der genannten Aspekte werden in dieser Ausgabe näher beschrieben, dazu gehört im Besonderen die Tarif-Runde.

Was dieser Ausgabe fehlt, und was wir sehr bedauern: Beiträge von der Basis, die die alltäglichen Herausforderungen, den realen Wahnsinn, die kleinen und großen Probleme, aber auch die positiven Hoffnungsschimmer wiedergeben.

Viel Spaß beim Stöbern, fühlt Euch aufgefordert zu Kommentierung, Kritik, Verbesserung, Leser:Innen-Brief und sonstige Mitarbeit!

Kreisvorstand der GEW-Oldenburg-Stadt



Tarifrunde 2021

Rita Vogt
Referat Tarifpolitik Bezirk Weser-Ems
FG PTF KV Oldenburg Stadt

Waren wir aktiv? **JA!**



Pädagogische, therapeutische und technische Fachkräfte



Tarifbeschäftigte Lehrkräfte



SozialpädagogInnen

Sind wir zufrieden? **Nein!**

Was haben wir erwartet?

Neben einer linearen Entgeltsteigerung von 5 % oder mindestens 150 Euro auch weitere strukturellen Forderungen wie zum Beispiel

- Die Stufenzuordnung bei Neueinstellungen gem. § 16 Abs. 2 TV-L soll auch bei anderen Arbeitgebern erworbene einschlägige Berufserfahrung anerkannt werden. Eine Anerkennung einschlägiger Berufserfahrung soll unabhängig von der bisherigen Eingruppierung und damit z.B. von der Schulform und -stufe, wo sie erworben wurde, erfolgen.
- Die Angleichung der Stufenlaufzeiten der S-Tabelle mit der TV-L-Tabelle.
- Die Stichtagsregelung in § 20 TV-L soll dahingehend geändert werden, dass Beschäftigte, die im Laufe des Jahres ausscheiden, eine anteilige Jahressonderzahlung erhalten.
- Die Einführung einer vollständigen „Paralleltabelle“ zum schnellstmöglichen Zeitpunkt im TV EntgO-Lehrkräfte.
- Die Höhergruppierungen nach § 17 Abs. 4 TV-L sollen stufengleich und unter Anrechnung der bereits zurückgelegten Stufenlaufzeit erfolgen.
- Die Tarifbindung für studentische Beschäftigte.
- Die Tarifparteien sollen wirksame Maßnahmen vereinbaren, um befristete Beschäftigung - auch im Wissenschaftsbereich - einzudämmen. Das umfasst Regelungen zu Mindestbefristungsdauern, eine Befristungszulage und zum Verzicht auf sachgrundlose Befristungen. Die Benachteiligung von befristet Beschäftigten durch den Verfall von Stufenlaufzeiten bei Abschluss eines neuen Arbeitsvertrages beim gleichen Arbeitgeber soll beseitigt werden.

Für die Themen TV EntgO-L und Einführung der Paralleltabelle für Lehrkräfte wie auch die spezielle niedersächsische Forderung zur Eingruppierung von therapeutischen Fachkräften in Schule gab es absolut keine Chance in den Tarifverhandlungen.

Von der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) - unter Vorsitz vom Niedersächsischen Finanzminister Reinhold Hilbers - wurde es vehement abgelehnt, über die weiteren oben angeführten Punkte zu sprechen. Insgesamt waren die Tarifverhandlungen sehr schwierig und zäh.

Wir haben aber auch **Anerkennung** und **Wertschätzung** unserer täglichen beruflichen Leistungen erwartet. Haben wir diese bekommen? **NEIN!**

Fakt ist...

- Erst nach massiven bundesweiten Warnstreiks von uns Beschäftigten war Bewegung in die Tarifverhandlungen gekommen.
- Seit der ersten Verhandlungsrunde im Oktober'21 gab es von der TdL kein Angebot für Gehaltssteigerungen.
- Über unsere strukturellen Forderungen wie Einführung der Paralleltabelle für angestellte Lehrkräfte, stufengleiche Höhergruppierung, Zulagen für die therapeutischen Fachkräfte in FÖS wollten sich nicht mal ansatzweise sprechen.
- Es gab Überlegungen in eine 4. Verhandlungsrunde „nach“ der Pandemiezeit zu gehen, wann auch immer das gewesen wäre.
- Erst am *dritten* Tag in der letzten Verhandlungsrunde kam ein wenig Bewegung in die Tarifverhandlungen und es lagen „vorsichtige“ Einigungstendenzen in der Luft.
- Am *vierten* Tag gab es ein Verhandlungsangebot- und Ergebnis unter anderem mit folgenden Komponenten:
- Eine Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro, die auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden soll und spätestens im März 2022 ausgezahlt wird. Diese Sonderzahlung ist steuer- und sozialabgabenfrei - also netto wie brutto.
- Eine lineare Entgeltsteigerung um 2,8 Prozent für alle Tarifbeschäftigten ab dem 1. Dezember 2022, gültig auch für die SuE Tabelle.
- Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 24 Monate, also bis zum 30. September 2023.
- Eine Erhöhung der Entgelte für Auszubil-

dende und Praktikant*innen (wichtig für die Anerkennungsjahre Sozialpädagogik / Erzieher*innen) zum 01.12.2022 um 50 Euro.

- Gesprächszusage für eine Bestandsaufnahme der Beschäftigungsbedingungen studentischer Hilfskräfte.

Eine Ablehnung der TdL Verhandlungsangebote war schwierig.

Folgen hätten unter anderem sein können:

- Eine vierte Verhandlungsrunde irgendwann im Laufe des Jahres 2022. Eine mögliche Entgelterhöhung erst ab '2023.
- Keine Steuer- und abgabefreie Sonderzahlung, die zumindest ein wenig die aktuelle hohe Inflationsrate abmildert
- Die Organisation und Durchführung eines Erzwingungsstreik unter Pandemiebedingungen für 15 Bundesländer (Hessen ist nicht in der TdL)
- Die TdL hätte weiterhin auf die Änderung des § 12 Arbeitsvorgang im TV-L bestanden. Eine Neufassung hätte für die Eingruppierung eine massive Verschlechterung bedeutet, auch für Beschäftigte in Schulen.

Die Arbeitnehmer*innenvertretungen ver.di, GdP, dbb wie auch GEW - nach Absprachen mit ihren Vertretungen aus den einzelnen Bundesländern - haben letztendlich diesem Verhandlungsergebnis zugestimmt.

Eine offene wie konstruktive Verhandlungsebene mit dem TdL Vorsitzenden Hr. Hilbers war nicht möglich.

Resümee...

- *Unser* Arbeitgeber im öffentlichen Dienst - also auch das Land Niedersachsen - wollte seine gesellschaftliche Verantwortung nicht wahrnehmen.
- *Unser* Arbeitgeber war nicht bereit über unsere strukturellen Forderungen zu sprechen, deshalb ist eine Corona-Sonderzahlung das Mindeste was wir „wert“ sind.

- *Wir* Beschäftigte im schulischen Bereich müssen uns und unsere tarifbeschäftigten und verbeamteten Kollegen*innen noch mehr informieren und zum Engagement motivieren.
- *Wir* bleiben dabei, Bildung ist Mehrwert.
- *Wir* müssen weiterhin zusammenhalten, denn nur gemeinsam sind wir stark.

Wichtig ist noch...

- Das Tarifinfo 3 mit detaillierten Informationen und viele weiteren Beiträgen vom GEW Bund ist unter <https://www.gew.de> zu finden
- Es gibt einen kleinen Film vom Streiktag in Bremen:
<https://we.tl/t-3yjaJKGSut> (Internet)
<https://we.tl/t-DkqFmoRGGh> („Normal“)
- Falls es weitere Fragen gibt, gerne mit roland.schoernig@gewweserems.de oder rita.vogt@gewweserems.de vom Weser-Ems Bezirksreferat Tarifpolitik Kontakt aufnehmen

Und zum Schluss noch eine Bitte...

...an unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen im Schuldienst. Alle in Schule tarifbeschäftigten Lehrkräfte, pädagogische, therapeutische und technischen Fachkräfte engagieren sich - auch in Pandemiezeiten - für bessere Arbeitsbedingungen und angemessene Gehälter.....unterstützt sie aktiv, erklärt euch solidarisch, denn auch ihr profitiert von diesem Einsatz - nach der Tarifrunde folgt nämlich eine Besoldungsrunde für die Beamten!

....und nun ganz zum Schluss:

vielen herzlichen Dank für die Rücksendung der Tarifpostkarten - Gute Bezahlung für gute Arbeit in Schulen! Wir sind es wert, Herr Hilbers! Der Bezirk Weser-Ems konnte ca. 3.000 Tarifpostkarten weiterleiten, insgesamt waren es auf Landesebene aus vier Bezirken ca. 7.000 Karten!

Solidarische Anmerkungen zur Tarifrunde 2021

Heinz Bührmann
verbeamtete Lehrkraft

Der Arbeitskampf der Tarifbeschäftigten hat eine Einkommenssteigerung von 2,8 % und eine Sonderzahlung von €1.300 erreicht. Nun werde ich in meiner Bildungseinrichtung von (verbeamteten) Kolleg:Innen angefragt, wann denn bitte die Sonderzahlung zu erwarten sei. Die Frage ist verständlich, doch hätte ich sie eher von den Tarifbeschäftigten erwartet, denn:

Wer hat den Arbeitskampf betrieben?

Es waren NICHT die verbeamteten Kolleg:Innen, sondern unsere schlechter gestellten nach Tarif Beschäftigten, die erstens deutlich weniger Netto vom Brutto haben, zweitens eine schwächere Altersversorgung erwarten müssen, und die drittens auch noch für diese „Verbesserung“ aktiv am Arbeitskampf teilnehmen mussten.

Inwiefern unterstützten die Beamten und Beamtinnen die Tarifauseinandersetzung?

Sie waren mehrheitlich NICHT auf der Straße, NICHT bei Kundgebungen von ver.di und GEW, und sie waren auch NICHT im Streik-Lokal. Selbst Solidaritätsbekundungen per Postkarte, die vorbereitet vorgelegt wurden, sind NUR von drei BBS-Kollegien im Bezirk Weser-Ems wirklich zahlreich unterzeichnet worden. (50 Karten von 3.000 möglichen)

Wer profitiert von dem oben genannten Tarif-Abschluss?

Leicht zu beantworten: Alle, aber die 2,8 % auf A13 oder höher macht deutlich mehr als 2,8 % auf z.B. EG10. Hier liegt der Vorteil bei allen mit Beamtenstatus. Die Sonderzahlung geht völlig gerecht aus, könnte man meinen, aber NEIN! – Teilzeitbeschäftigte bekommen diese Zahlung

nur im Verhältnis zur Vollzeit. Es ist keine Spekulation: Der größte Teil der Teilzeit-Beschäftigten ist weiblich! Die Schere der Ungerechtigkeit bei der Einkommensverteilung öffnet sich weiter! Beim Thema Teilzeit und Gender-Pay-Gap müssen wir in Zukunft noch deutlicher Position beziehen.

Zufrieden kann ich als Gewerkschafter mit dem Resultat nicht sein, denn die Kaufkraftentwicklung frisst die 2,8 % locker auf; Verbesserung „light“ ist das neue „status quo“; 1.300 Euro Sonderzahlung für die Arbeit im Risikobereich löst bei mir auch Fragen aus: Sind alle Beschäftigten gleichermaßen gefährdet? Ist eine Förderschullehrkraft auf gleichem Niveau gefährdet wie eine therapeutische oder technische Fachkraft, wie ein Mitglied der Schulleitung oder wie eine Lehrkraft im Sek-II-Bereich oder BBS? Gibt es keine Unterscheidungen zwischen Theorie-Unterricht und Praxis, bei der Bewegung und Kontakte unvermeidbar sind, und was ist mit Sportunterricht? Nicht gefährlicher als Distanzlernen? Fragen ohne Ende. Keine Antworten, nur der Frust: Statt detailliert hinzuschauen gibt es die Gießkanne. Schnell, einfach, aber leider nicht gerecht.

Und wieder die Frage: Wann kommt das Geld endlich

Die Aktiven, *die den Streik führten*, sollten es zuerst bekommen, das wäre schon mal ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, Und für die Zukunft wünsche ich mir: Mehr Rücksicht auf die kleineren Einkommen, Fix-Beträge als Konstante, und eine Motivation für alle beamteten Kolleg:Innen, in Zukunft MEHR Solidarität mit den Tarifbeschäftigten *einzufordern und zu praktizieren*, als es in den letzten Tarifrunden beobachtet werden konnte.

An die TVstud Aktion

Streikende Studierende an der Universität Hamburg



P.S.: Der Oldenburg-Kaffee ist nicht aus regionalem Anbau, aber so fair wie möglich und maximal lecker!

Solidarische Grüße

Heinz Bührmann
(Vorsitzender)

Oldenburg, den 20.10.2021

Liebe Studierende im Streik!

Als kleine Solidaritätsbekundung mit Eurem Einsatz für bessere Bedingungen für studentisch Beschäftigte möchten wir Euch nicht nur mit deutlichen Worten oder akustischem Beifall zur Seite stehen, sondern mit dem „Durchhalte-Paket“ auch Eure Ausdauer, Eure Energie, Eure Solidarität untereinander konkret unterstützen!

Hier in Oldenburg gibt es auch aktive Studierende, denen wir als GEW es letztendlich zu verdanken haben, dieses Thema im Auge zu haben. Vielleicht kann aus Eurer drastischen Aktion eine „Leuchtturm-Wirkung“ auf das ganze vernachlässigte Bildungsland Deutschland ausgehen, so dass politisch Verantwortliche nicht mehr an den unhaltbaren Zuständen an ALLEN Hochschulen vorbeischaun (oder gar daran festhalten) können!

Euch wünschen wir die Kraft, Wirksamkeit, Geduld und Solidarität, die es braucht, um Verbesserungen zu erreichen. Für Vernetzungsgedanken sind wir sehr offen, ebenso für jegliche Form der Unterstützung, da könnt Ihr sicher sein!



Die Studierenden, die diese TVstudAktion stützten, bedankten sich ganz herzlich für die stärkende, faire Unterstützung!

Die alternative
**Jahreshauptversammlung
der GEW Oldenburg-Stadt**
findet dieses Jahr statt als ...

Bitte vormerken:

Am Donnerstag, den

12. Mai 2022

alternative JahresHauptVersammlung =

SOMMERFEST

SOMMERFEST!

Dazu lädt der GEW-Kreisvorstand Oldenburg-Stadt seine Mitglieder

am 12. Mai 2022 ab 19.00 Uhr

ins Schirrmann's (Jugendherberge) ein.

Bei Fingerfood, Getränken (Wein, Bier, Soft-Drinks)
und kleinen Darbietungen einer Musikcombo
findet sich Zeit ...

☀ für informelle Gespräche ☀

☀ zum Austausch ☀

☀ zum Kennenlernen ☀

☀ Corona hinter sich lassen ☀

☀ Zuversicht zu entwickeln ☀

☀ undundundundund ... ☀

Der Kreisvorstand freut sich darauf, viele Mitglieder begrüßen zu können.

Die schriftliche Einladung zum Sommerfest erfolgt nach Ostern.

Gewerkschaftsarbeit als fester Bestandteil der (universitären) Ausbildung



Elisabeth Janssen

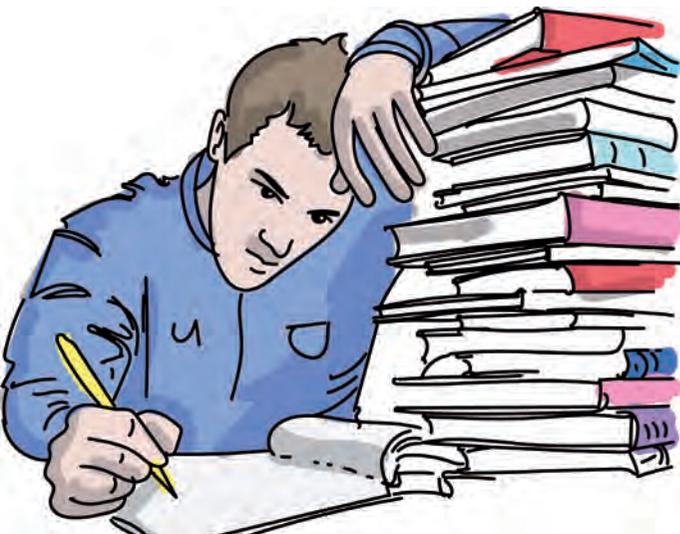
Spätestens seit den 1968er Jahren und dem Aufbegehren der Studierenden gegenüber den Hochschulautoritäten, ist die studentisch-demokratische Mitarbeit an und in den Universitäten ein bedeutender Teil der Hochschulpolitik. Über studentische Perspektiven, welche zumeist allein schon aufgrund des Generationenunterschiedes gegenüber den Lehrenden deutlich abweichen, erhält die Universität oder Hochschule Einblicke in reale Bedürfnisse und Bedarfe einer sich stetig ändernden Arbeitswelt. Durch studentisches Engagement über Fachschaftsräte, Studierendenparlamente, Kooperationen zwischen Studierenden und Gewerkschaften (bspw. StudentsAtWork) erhalten Studierende eine Möglichkeit, sich aktiv mit ihren Ideen bildungspolitisch in die Lebenswelt Universität/Hochschule einzubringen. Gleichwohl zeigt sich ein abnehmendes demokratisches Empowerment in diesem Bereich, die Zahlen neuer junger Mitglieder in Gewerkschaften reduzieren sich, sich zu vernetzen und Ansprechpersonen zu finden, wird immer schwieriger. Gewerkschaften an der Universität erscheinen mehr ein Gerücht, statt prä-sente Akteur:innen.

Die Idee von Gewerkschaftsarbeit unter Studierenden, die Kraft und die Möglichkeiten, die hieraus entwachsen können, ist vielleicht gedeckelt durch starre, scheinbar undurchdringbare Strukturen: Tarife, Streikrecht, kompliziertes Wissenschaftliches Arbeitsgesetz, Zuständigkeiten zwischen Kreis, Bezirk, Land, Bund.

Möglicherweise ist es Zeit, sich auch als Gewerkschaft an sich verändernde Strukturen anzunähern, polemisiert ausgedrückt: Weniger trockener Gremienkampf und Machtansprüche, sondern mehr Empowerment und Solidarität.

- Wie möchten Studierende und junge Auszubildende in Zukunft arbeiten, welche Inhalte benötigen sie hierfür und wie wollen sie leben?
- Was können sie später einer nächsten Generation an Handlungsmöglichkeiten mit an die Hand geben?

Anhand dieser Fragen, die bspw. durch gewerkschaftlich geförderte Workshops regelmäßig und in jeder Fakultät angeboten werden könnten, durch junge Gewerkschaftler:innen, sollten junge Menschen die emanzipatorische Kraft von demokratischem Empowerment und Gewerkschaftsarbeit erfahren. Strukturen können gemeinsam verändert werden, jede:r kann die eigene Ausbildungs- und Arbeitswelt mitgestalten.





Zumeist erfolgt dieser Input kaum bis gar nicht in der gegenwärtigen gymnasialen Schulbiografie junger Menschen, teilweise an Berufsbildenden Schulen. Ein echtes Mitspracherecht und Mitwirken an der eigenen Lebens-/ Arbeitswelt über demokratische Prinzipien wirkt eher als Schein denn als Sein. Ein Einstieg in die Gewerkschaft, das Wissen über Gewerkschaften, bleibt hintergründig. Demokratie bleibt auf dem Papier.

Somit sollte es ein Interesse von Gewerkschaften sein, sich noch deutlicher einer jungen Generation zu zuwenden, ihnen Angebote machen und sie mitnehmen. Für die GEW gilt hier, sich auch vom Narrativ der „Lehrer:innen Gewerkschaft“ zu lösen, und sich stärker für das breite Klientel in Erziehungs- Sozial- und Wissenschaftsberufen zu präsentieren. Bildungspolitische Arbeit ist eben auch Arbeit – aber eine die sich lohnt, auch wenn sie unentgeltlich bleibt.

Als Studentin, Gewerkschaftlerin und aktive Akteurin in meiner eigenen Lernwelt Universität ist mein Appell an die GEW daher:



**Überseht uns nicht,
hört uns zu und
schafft Angebote und
Unterstützung für uns.**

Die Lebenswelt Universität/ Hochschule ist eine zutiefst vernachlässigte – hier ist Prekarität vorprogrammiert, die – wenn man es nie anders erfährt – zu einer Normalität wird, wenn es kein regelmäßiges, demokratisch-gewerkschaftliches Empowerment gibt. Wir sind alle in Hannahs Kinderschuhen - wir brauchen Euch!

Tätigkeitsbericht des Kreisvorstandes Mai 21 - April 22

Die JHV am 20. Mai 2021 wurde als Videokonferenz durchgeführt. Der bisherige Vorsitzende und weitere Vorstandsmitglieder konnten bestätigt werden – aber auch neue (vor allem jüngere) GEW-Mitglieder für die Vorstandsarbeit gewonnen werden.

Im Jahr 2021 hat der Kreisvorstand der GEW Oldenburg-Stadt auf Grund der Corona-Situation die im Folgenden aufgelisteten Aufgaben bearbeitet bzw. erledigt. Es gab vielfältige Arbeits- und Themenschwerpunkte, die gemeinsamen und öffentlichen Veranstaltungen mussten jedoch deutlich reduziert, abgesagt oder verschoben werden.

Laufende Tätigkeiten:

- Monatliche Kreisvorstandssitzungen während der Schulzeit (z. T. auch als Videokonferenz)
- Besetzung der Geschäftsstelle (inklusive Information und Beratung von KollegInnen) jeden Mittwoch und Donnerstag während der Schulzeit von 15.00 – 18.00 Uhr
- Versorgung der Schulpersonalräte, KollegInnen und Mitglieder mit GEW-Informationen
- Versorgung der Beschäftigten an den Schulen und weiterer Bildungsträger mit Informationen z.B. über Demonstrationen, Veranstaltungen, aktuelle politische Ereignisse
- Führen der regelmäßigen Geschäfte
- Aktualisierung der Mitglieder-Daten
- Teilnahme an den BV-Sitzungen (auch per Video-Konferenz)

- Teilnahme an den LV-Sitzungen (auch per Videokonferenz)
- Teilnahme an den Referatssitzungen im Bezirk
- Aktive Mitarbeit in der Fachgruppe Pädagogisches-Therapeutisches-Technisches-Fachpersonal auf Landesebene
- Aktive Mitarbeit im Referat Soziale Berufe auf Landesebene
- Regelmäßiger Austausch und Mitarbeit beim DGB
- Vernetzungsarbeit mit dem Bezirksverband GEW Weser-Ems
- Diverse finanzielle Unterstützungsleistungen durch den KV – siehe Kassenbericht
- Stiftungsarbeit „Bildung und Solidarität“
- Anschreiben der Jubilare und Neu-RuheständlerInnen

PAED OL

Öffentlichkeitsarbeit:

- PÄD-OL Nr.106 im September 2021 und PÄD-OL Nr. 107 im März 2022
- Betreuung der Homepage des KV

Veranstaltungen:

- PR-Schulung (OBS, FÖS, GS, IGS, GYM, BBS) am 30. 11. 21 – kurzfristig digital angesetzt
- Personalräte- und Vertrauensleute-Videokonferenz am 15. 03. 2021

Sonstiges:

- Wenn möglich, Begleitung der monatlichen Sitzungen des Schulausschusses



PAED OL

- Anschreiben an die Stadtverwaltung und die im Stadtrat vertretenen Parteien mit der Aufforderung, der Fürsorge für die im Bildungsbereich Tätigen (speziell die Beschaffung von Luftfiltern und digitalen Endgeräten) nachzukommen
- Anfrage bei den Parteien, welche bildungspolitischen Schwerpunkte im Hinblick auf das Gelingen der Umsetzung der Inklusion gesetzt werden.
- Impulssetzung gegenüber der Stadtverwaltung und der demokratischen Parteien in Bezug auf die neu zu errichtende Grundschule am Fliegerhorst als „Inklusive Schule“ und deren Fortsetzung im SEK-I-Bereich
- Die Arbeitsgruppe „Aktivierung der Ansprechpersonen / Vertrauensleute in den Oldenburger Schulen“ bedankte sich bei den GEW-Ansprechpersonen vor Weihnachten mit einem kleinen DANKE-SCHÖN. Die Wünsche der Kolleg*innen vor Ort soll über eine Fragebo-



genaktion ermittelt werden. Die Rückmeldungen diesbezüglich sind leider noch viel zu gering

- Eine AG der GEW-Oldenburg-Stadt beschäftigt sich seit Spätsommer 2021 mit dem Thema Umsetzung der Inklusion in Oldenburg und plant dazu u. a. eine Klausurtagung, die sich an alle im Inklusionsprozess der Schulen Beteiligten richtet
- Danksagungen an langjährige Mitglieder, in Form eines Briefes mit Theatergutschein für das 40jährige Jubiläum

Demonstrationen / Warnstreiks:

- Organisation des Tarif-Warnstreiks am 10.11. 2021 durch Rita Vogt in der Oldenburger Jugendherberge
- Organisation des Tarifstreiks am 24. 11. 2021 in Bremen durch Rita Vogt
- Teilnahme der GEW-Basisinitiative „students at work“ an der Tarifiedemonstration in Hannover am 3. Juli 2021

GEW-Vertrauensleute / GEW-Kontaktpersonen

... in den Oldenburger Schulen

Elfie Feller, Pedro Martínez, Ute Wiesenäcker



Wie schon im letzten Jahr möchten wir Dir vom GEW Kreisverband Oldenburg-Stadt den Dank für die Arbeit und das Engagement in diesem Jahr als Ansprechpartner*in bzw. als Vertrauensperson der GEW mit einem Brief und hoffentlich gut gedeihenden Sommerblumen zum Ausdruck gebracht. Ganz selbstlos war diese Aktion

aber auch nicht, denn: Wir wünschen uns ganz besonders, dass auch im laufenden Jahr diese Aufgabe weiterhin übernommen werden kann.

Nachdem in den letzten beiden Jahren alle Präsenzveranstaltungen an Corona scheiterten, hoffen wir nun, im Jahr 2022 noch vor den Sommerferien ein Vertrauensleute/Kontaktpersonen-Treffen „auf die Beine“ stellen zu können.

Nun fragen wir uns, in welche Richtung wir die GEW-Kontaktpersonen zukünftig am besten unterstützen könnten. Deshalb haben wir den nebenstehenden Fragebogen dem Weihnachts-Dankeschön angefügt.

Wer noch nicht die Zeit und Gelegenheit finden konnte, diesen für uns hilfreichen Fragebogen zu beachten, auszufüllen oder rückzusen-



den an unser GEW-Büro, der möge sich vielleicht durch diesen Hinweis in der PÄD-OL angesprochen fühlen, dieses zu tun? Für die weitere GEW-Arbeit im Kreisverband Oldenburg-Stadt wäre es enorm wichtig.

Es freuen sich auf hoffentlich viele Rückmeldungen unter info@gew-oldenburg.de

Elfie Feller, Pedro Martínez und Ute Wiesenäcker

Mach mit!

ausfüllen

einschicken



Fragebogen

GEW-Vertrauensleute / GEW-Kontaktpersonen

Liebe GEW-Kollegin,
lieber GEW-Kollege,

wir binden Dich seit einiger Zeit als Kontaktperson für die GEW-Informationen in Deiner Schule ein. Mit diesem Fragebogen möchten wir etwas über Deine Wünsche / Forderungen / Erwartungen erfahren, die Du gegenüber der Oldenburger GEW hegst / äußern oder auch einfordern möchtest.

Mehrere Punkte konnten wir schon aus Gesprächen, Telefonaten oder Emails herausfiltern und sammeln. Doch Du wirst bestimmt weitere oder andere Prioritäten setzen wollen. Bitte kreuze zu Beachtendes an oder ergänze Deinen Bedürfnissen entsprechend!



- Netzwerk zum Austausch mit Kolleg*innen anderer Schulen aufbauen
- Rechtliche Grundlagen für die GEW-Arbeit bekannt machen
- Vorschläge für eine peppige Gestaltung des GEW-Brettes in der Schule
- Digitale Sprechstunde für GEW-Ansprechpersonen der Schule
- Inklusionsaspekte berücksichtigen
-
-
-



Rückmeldungen bitte an:

GEW Kreisverband Oldenburg-Stadt
Staugraben 4a, 26122 Oldenburg
oder über info@gew-oldenburg.de

Vielen Dank, dass Du uns mit Deiner Rückmeldung weiterhilfst!

Ute Wiesenäcker, Pedro Martinez, Elfie Feller

Nichts bleibt wie es ist – außer der Schule.....

Anmerkungen von einer nicht mehr aktiven Lehrerin

Elfie Feller

Corona hat die Fähigkeit, die Gesellschaft zu spalten. In diejenigen, die gewinnen und in diejenigen, die verlieren.

Das gilt für die Schule ebenso. Was sich schon lange vor Corona angedeutete, erscheint nun wie durch ein Brennglas überdeutlich: Die Schulen in Niedersachsen und Oldenburg hinken bei der Digitalisierung (Ausstattung, Serverauslastung, Internetverbindung, nicht passendes Equipment bei Schüler*innen und Medienkompetenz bei Lehrkräften) hinterher. Genügend ausgebildete Inklusionspädagog*innen, multiprofessionelle Teams oder auch innovative, präventive Inklusionskonzepte, die vorrangig auf die Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit abzielen, sind in den Schulen leider nicht selbstverständlich. Als Folge des letztjährigen Distanzlernens sind Lern- und Entwicklungsrückstände bei Schüler*innen mit Migrationshintergrund und eher schwächerem Sozialstatus zu verzeichnen, da schulische Aufgaben von Eltern mit übernommen werden mussten. Besonders schwerwiegend betroffen waren Familien mit „Inklusionskindern“, da der gesicherte Sozial- und Lernraum Schule entfiel.

Allenthalben wird in diesem Jahr – trotz extrem hoher Inzidenzzahlen – versichert, dass die Schulen geöffnet bleiben müssen, um Kinder und Jugendliche nicht weiter abzuhängen oder ihre Entwicklung zu beeinträchtigen. Das begrüße ich ebenso wie der GEW-Kreisvorstand-Oldenburg-Stadt auch ausdrücklich. (Aus diesem Grunde wurde auch nachdrücklich die Beschaffung von Luftfiltern für alle Klassenräume gefordert – nun scheint dies an Lieferschwierigkeiten zu scheitern...)

Kurzfristig wurden vom Land Niedersachsen Fördermittel für zusätzliche Kurse bereitgestellt, um Lerndefizite z. T. in den Ferien aufzuholen. Dabei steht der Wissenserwerb im Vordergrund. Auch in den Schulen wird eifrig und unter zusätzlicher Belastung daran gearbeitet, auf Arbeiten und Klausuren vorzubereiten, um ein gutes Abitur, einen guten Abschluss oder das Klassenziel zu erreichen. Auf eine bessere digitale Ausstattung, besseren Internetzugang, größere Medienkompetenz bei allen Beteiligten wird große Hoffnung gesetzt.

Doch ändert sich an Inhalt und Struktur der Schulen eigentlich etwas???

Ich hatte die Hoffnung, dass die Corona-Folgen ein Umdenken beim KUMI, den Schuldezernaten, in den Schulen, bei den Eltern bewirken könnten. Schule wird jedoch nach wie vor vorwiegend als Lernvermittlungsort angesehen. Wo bleibt die Entwicklung der Schule zu einem Lebensraum, in dem Interessenweckung, Selbstverantwortung, Nachhaltigkeit, Gemeinsinn und Individualisierung handlungsleitend wird?

Perspektivisch sollte das KUMI den Schulen Unterstützung für den Weg in eine zukunftsorientierte Schule geben.

Dazu gehört unbedingt:

- Schulen, die sich auf den Weg machen, zeitliche Ressourcen und pädagogische Fachkompetenz zu gewähren für die Entwicklung eines inklusiven pädagogischen Konzeptes
- Auflösung von ausschließlich altersbezogenen Lerngruppen
- Einbeziehung von Projekten, die Sozial- und Selbstkompetenz fördern
- Zutrauen in die Bereitschaft der Lehrenden und Lernenden entwickeln in Bezug auf Übernahme von Verantwortung für sich und die Gemeinschaft – aber auch Konsequenzen erfahren, wenn unverantwortlich gehandelt wird
- realistische Entwicklungsziele formulieren lernen und diese auch überprüfen
- individuell zugeschnittene Lernstandsberichte oder Entwicklungsberichte
-

Vielleicht gelingt ja mit der neu zu bauenden Grundschule „Im Fliegerhorst“ ein Schritt in diese Richtung?

Ein Gebäude, das interne offene Gestaltungsmöglichkeiten zulässt, könnte die Basis für eine inklusive Pädagogik bilden.

Ein multiprofessionelles Team könnte Jahr für Jahr aufbauend ein inklusives Konzept entwickeln, welches Eigeninitiative, Stärkung des Gemeinsinns und der Selbstverantwortung, Freude an Entwicklungserfolgen, Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung in den Mittelpunkt stellt.

Angeregt durch den Zeitartikel „Das bisschen Alltag“, Zeit Nr. 4, 20. 01. 2022 und durch NDR kultur „Glaubenssachen“ von Mathias Greffrath vom 5. 12. 2021.

Ich suche Dich!

Wer hat Lust, mich bei den GEW-Finzen zu unterstützen?

- ✓ Bist Du teamfähig?
- ✓ Kannst Du mit Zahlen umgehen?
- ✓ Hast Du ein wenig Zeit im Monat übrig?
- ✓ Möchtest Du ein wenig im Kreisverband aktiv sein?

Wenn Du Interesse hast, melde Dich bei mir!

Paul-Willem Schläfke

GEW KV Oldenburg-Stadt
 Telefon 0441 9572845 oder
 Mail: info@gew-oldenburg.de

kurz notiert

**Lesung „Die Sommer“
und „Verbrechen“**
am 24. März 2022

Neues Beratungsangebot im GEW-Büro

Achtung:

Wichtig für die pädagogischen, therapeutischen, technischen Fachkräfte in der Schule

Fragen

- zum Arbeitsvertrag
- zur Eingruppierung
- zu Arbeitsbedingungen
- zu Arbeitszeiten
- zu Teilzeitanträgen
- zur Betrieblichen Wiedereingliederung
- etc....?



Ab sofort bietet die GEW KV Oldenburg Stadt im Staugraben 4a telefonische oder persönliche Beratungszeiten nach Terminvereinbarung an:

Immer montags von 14.30 – 17.00 Uhr

(nicht in den Ferien)

0441 95 72 845

info@gew-oldenburg.de



Ansprechpartnerin
ist Rita Vogt



Theaterkarten

Als Dank für die 40jährige Mitgliedschaft in der GEW verschicken wir auch in diesem Jahr Theatergutscheine, da einem Theaterbesuch nun wohl nichts mehr im Wege stehen wird. (Hoffentlich!!)

Frauengeschichtlicher Stadtrundgang

„Von Prinzessinnen, Prostituierten und Politikerinnen“

anlässlich des
Internationalen Frauentages am 8. März

Sonntag, den 13. März 2022, 15 Uhr

Treffpunkt Haupteingang Schloss

Dauer ca. 1 ½ Stunden



Monika Lehner vom *Oldenburger Zentrum für Frauen-Geschichte* wird bei der Führung an das vielfältige Leben von Frauen aller sozialer Schichten in Oldenburg erinnern - so waren

Cäcilie, Amalie und Friederike die „Engelinnen“ im Schloss, während am Waffenplatz Frauen mit ihren Kindern in den armseligen Baracken hausten.

Über das Alltagsleben im 17. Jahrhundert wird ebenso berichtet, wie über die Bedeutung des ehemaligen Ottilie-Hoffmann-Hauses für Geflüchtete in der Zeit nach 1945.

Anmeldung der Interessierten bitte bis zum **Freitag, den 11. März** mit Angabe der Personenzahl über info@gew-oldenburg.de oder info@oldenburg.gewweserems.de

Freund*innen und Partner*innen sind willkommen. Für GEW Mitglieder ist die Veranstaltung kostenfrei; von Gäst*innen ist eine kleine Spende gerne gesehen.

Bitte vormerken !

Personalrätekonferenz für Personalräte der Oldenburger Schulen:

15. März 2022 als Videokonferenz

Sommerfest als alternative Jahreshauptversammlung:

12. Mai 2022 ab 19. 00 Uhr

Expertenrunde zum Thema **Inklusion** für den Mai 2022 geplant – sofern Interesse vorhanden ist.

Kreisvorstandssitzungen

17. März 2022

21. April 2022

19. Mai 2022

16. Juni 2022 um 10 Uhr

07. Juli 2022

Die Kreisvorstandssitzungen sind gewerkschaftsöffentlich.
Normalerweise finden sie um 19 Uhr in der GEW-Geschäftsstelle statt – wenn Corona es erlaubt....

Für eine andere, eine wirklich neue Schule auf dem ehemaligen Fliegerhorst!

Ein bildungspolitischer und inklusionsorientierter Impuls an die Ratsmitglieder und den Oberbürgermeister

Heinz Bührmann

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach den diesjährigen Kommunalwahlen bilden Sie nun den Stadtrat der Stadt Oldenburg und führen weiterhin als Oberbürgermeister die Stadt. Die Bürger*innen erwarten jetzt Ihre programmatischen Ziele für die Weiterentwicklung Oldenburgs.

Wir als GEW-Oldenburg sind insbesondere interessiert an der weiteren Umsetzung und Weiterentwicklung der Inklusion im Bildungsbereich. Oldenburg hat vieles auf den Weg gebracht, trotzdem hakt es auf dem langen Weg der Umsetzung und bei der Unterstützung durch die Allgemeinheit. Wir wünschen uns eine intensive weitere Förderung aller Schularten.

Aktuell richtet sich unser Augenmerk auf die Gründung der neuen Schule im Fliegerhorst. Hier hat die Stadt die einmalige Chance, den eingeschlagenen Weg der Inklusion beispielhaft umzusetzen und von Anbeginn an eine inklusive Grundschule zu planen.

Das bedeutet ein grundsätzlich nach pädagogischen Prinzipien konzipiertes Gebäude, das sich von der Normschule mit kleinen Klassenräumen, Fluren und Spezialräumen verabschiedet. Stattdessen sollen u. a. Wände weniger Grenzen setzen für einen offenen Unterricht: Wenn Wände, dann verschiebbar; Rückzugsecken, Lernateliers und Räume zum gemeinsamen Treffen sollen vorgehalten werden. Hamburg, München, Berlin, Wolfsburg und auch kleinere Gemeinden haben

den neuen Schulbautyp bereits in einigen Fällen umgesetzt. Oldenburg kann hier aufschließen!

Für die pädagogische Gestaltung ist die Stadt zwar nicht zuständig, doch kann sie als Schulträgerin Einfluss darauf nehmen. In einer inklusiven Schule arbeiten Lehrkräfte des Landes und pädagogisches, therapeutisches und technisches Fachpersonal enger als bisher zusammen; die Stadt hat über die Einstellung dieses Fachpersonals Gestaltungsmöglichkeiten, so dass Hilfen für das benötigte Inklusionskonzept sicher auch durch die Stadt gegeben werden können. Die Stadt sollte sich interessiert zeigen, dass auch in Oldenburg eine modellhafte Inklusionsschule entsteht, an der sich andere Schulen und Kommunen orientieren können.

Doch reicht es aus, nur für den Grundschulbereich ein solches Modell zu planen?

Um Inklusion auch nach der Grundschulzeit gelingen zu lassen, sollte aus unserer Sicht schon jetzt an eine Fortführung im Sek-I-Bereich in Form einer Inklusiven Integrativen Gesamtschule auf dem Gebiet des Fliegerhorstes gedacht werden. Der Fliegerhorst reicht ins Ammerland hinein, wo ebenfalls neue Siedlungsgebiete entstehen; daher könnte für den Aufbau einer solchen Schule auch die Zusammenarbeit mit den



Nachbargemeinden oder gar gemeinsame Trägerschaft mit dem Ammerland gedacht werden. Hier bietet sich die Chance, ein Leuchtturmprojekt für die Umsetzung der Inklusion zu gestalten, das Vorbildfunktion über Oldenburg hinaus erhalten kann.

Die Schule sollte auch eingebettet sein in institutionalisierte Angebote zur Freizeitgestaltung, zum sozialen und kulturellen Miteinander aller Generationen, woraus eine gute Nachbarschaft und bürgerliche Verantwortung für den sich entwickelnden neuen Stadtteil entstehen kann. Es ist bekannt, dass es in der Stadt Oldenburg eine Präventionskette gibt mit dem Ziel, allen Kindern ein ganzheitlich gesundes Aufwachsen, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit bezüglich sozialer Teilhabe zu ermöglichen.

Die GEW-Oldenburg ist gerne bereit, ein Forum für die Entwicklung von Ideen für eine solche

neue Schule auf dem Fliegerhorst zu organisieren, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen sich beteiligen können. Von den Ideen bis zur Realisierung ist es ein langer Weg, deshalb sollte frühzeitig begonnen werden. Wir bitten den Oberbürgermeister und die Ratsparteien, jetzt dafür Raum zu geben, das städtische Know-how einzubringen und Umsetzungsmöglichkeiten nicht zu verbauen.

Für den GEW Kreisverband Oldenburg-Stadt

Oldenburg, 19. Oktober 2021

Heinz Bührmann
(Vorsitzender)

Brandbrief an den Kultusminister

... bezüglich der Situation an den Oldenburger Grundschulen

Monika de Graaff, Elfie Feller, Heinz Bührmann

Ausgehend von der Impulssetzung einer Bloherfelder Grundschullehrerin übernahmen einige Oldenburger Grundschulen einen vorgegebenen Musterbrief, um ihn in jeweils schulspezifisch angepasster Art an das Kultusministerium zu schicken.

Auf die hohen Belastungen und Anforderungen der Grundschulen wird in diesem Brief hingewiesen und Verbesserungen nachdrücklich eingefordert.

Der GEW-Kreisvorstand Oldenburg-Stadt schließt sich diesen Forderungen an und unterstützt mit der von Monika de Graaff, Elfie Feller und Heinz Bührmann abgeänderten Brieffassung dieses Anliegen.

Im Namen der GEW-Oldenburg-Stadt wurde der Kultusminister G.H.Tonne angeschrieben. Nachrichtlich ging dieser Brandbrief auch an die Oldenburger Landtagsabgeordneten, die schon Unterstützung signalisierten.

Sehr geehrter Herr Kultusminister Tonne,

den GEW-Kreisverband Oldenburg-Stadt erreichen vermehrt Hilferufe aus den Oldenburger Grundschulen. Es geht um die völlig unzureichende personelle Ressourcenzuteilung im Rahmen der Inklusion an Grundschulen.

Als Kultusminister haben Sie allen Schülerinnen und Schülern und allen Beschäftigten an Schulen gegenüber eine Fürsorgepflicht.

Dieser Fürsorgepflicht kommen Sie aus unserer Sicht nicht hinreichend nach.

Grundschulen sind die einzig wirklich inklusiv arbeitenden Schulen, sie werden von allen Kindern

eines Jahrgangs besucht. Das beinhaltet eine extrem heterogene Schülerschaft in jeder Klasse. Diese befürworten wir vor dem Hintergrund wissenschaftsbasierter Erkenntnisse und im Hinblick auf möglichst optimale Entwicklungs- und Bildungschancen für alle Kinder.

Zu gewährleisten sind diese natürlich nur mit annähernd ausreichenden Ressourcen zur Förderung von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf, hier besonders die mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf.

Schon lange vor Einführung der Inklusion haben viele Grundschulen diesen Weg aus pädagogischer Überzeugung beschritten. Es gab 2 Förderschul-Lehrkräfte-Stunden pauschal pro Klasse für die präventive Unterstützung. Bei festgestelltem Förderbedarf bekam die Schule für diese Kinder zusätzliche Ressourcen für dieses Kind bzw. das Kind konnte alternativ die Förderschule besuchen.

Mit Einführung der flächendeckenden Inklusion und gleichzeitigem Mangel an Förderschul-Lehrkräften schrumpften diese Zusatzbedarfe sehr schnell mehr und mehr zusammen. Die Schulen müssen nun fast ausschließlich (z.B. im Förderbereich Lernen) mit der ursprünglich für die Prävention gedachten Grundversorgung Inklusion in allen Klassen leisten, inklusiv der Kinder mit festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf.

Das reicht bei weitem nicht aus!

Inklusion wird zurzeit in Niedersachsen gegen

die Wand gefahren!

Wir fordern: Hände weg von den Zusatzbedarfen für sonderpädagogische Förderung (400er-Stunden) und Sprachförderung (071er-Stunden), die wegen Aufrechterhaltung der allgemeinen Grundversorgung mehr und mehr zusammengestrichen wurden und werden!

Die Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf werden im Stich gelassen!

Die Lehrkräfte werden ebenfalls allein gelassen, können so keinen inklusiven Unterricht leisten. Multiprofessionelle Teamarbeit steht vielfach nur auf dem Papier.

Hinzu kommt, dass es in jedem Jahr oft zu Schulwechseln der Förderschullehrkräfte kommt. Die Kolleg*innen werden häufig mit einem Teil ihrer Stunden von einer Schule zur nächsten abgeordnet - Teamarbeit im Sinne einer guten Begleitung für das Kind lebt jedoch von einer gewissen Kontinuität und Stabilität in der Bindung.

So kann nicht sinnvoll präventiv gearbeitet werden! So kann Inklusion nicht funktionieren!

Sie, Herr Minister Tonne, haben in der Vergangenheit mehrfach bewiesen, dass Sie das System Schule in Niedersachsen weitgehend verstehen und Sie auch Empathie gegenüber Lernenden und in der Schule Beschäftigten haben. Es würde uns sehr verwundern, wenn Sie zu einer anderen Einschätzung dieser Situation kämen als:

Der Mangel an qualifizierten Kräften wird auf dem Rücken des bestehenden Personals und auf dem aller Kinder ausgetragen. Der Öffentlichkeit wird das Scheinbild der gelungenen Inklusion in der Grundschule präsentiert.

Als GEW fordern wir für die Grundschulen:

- Ausbau der Förderschullehrer*innenstunden für Grundschulen. Keine Streichung von Zusatzbedarfen, sondern Aufstockung dersel-



ben.

- Eine bedarfsgerechte Zuteilung von zusätzlichen Stunden neben der sonderpädagogischen Grundversorgung
- Eine im Bedarfsfall frühzeitige Anerkennung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs eines Kindes
- Eine feste Zuordnung der Kolleg*innen der Förderschulen an die Grundschulen
- Entlastungsstunden zur Erstellung von Förderplänen, Gutachten, für Elterngespräche und den wichtigen Austausch zwischen den Lehrkräften – ebenfalls gemessen an den jeweiligen Bedarfen der Schulen
- Bereitstellung ausreichender Studien- und Ausbildungsseminarplätze.
- A13 für alle Grundschullehrkräfte, die nicht in Leitungsfunktion sind

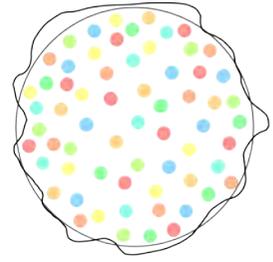
Grundschullehrkräfte arbeiten an der Basis der schulischen Bildung. Sie müssen und wollen jedem Kind die angemessene Lernumgebung, Förderung und nötige Unterstützung bieten, um den weiteren Bildungsweg erfolgreich fortzuführen. Das erfordert Fachpersonal mit umfassendem pädagogischem und fachlichem Wissen vom ersten Schultag an.

Herr Tonne, Sie sind unser Kultusminister. Unterstützen Sie die Grundschulen. ... um das Scheitern der Inklusion zu verhindern!

Oldenburg, den 2. Februar 2022

Heinz Bührmann

Vorsitzender GEW Kreisverband Oldenburg-Stadt



Fragen zur Inklusion

... an die Fraktionen im Rat der Stadt Oldenburg

GEW Kreisverband Oldenburg-Stadt

Die untenstehenden Anfragen an die Parteien sollten die Grundlage für eine Podiumsdiskussion bezüglich „Umsetzung der Inklusion“ bilden. Dafür war der 9. Dezember 2021 vorgesehen, für den alle demokratischen Parteien eine Zusage erteilten. Bedingt durch dies steigenden Coronazahlen konnte diese Veranstaltung nicht stattfinden.

CDU, SPD und **GRÜNE** beantworteten diese Fragen jedoch ausführlich – wie nachstehend zu ersehen ist.

Im Hinblick auf die anstehende Landtagswahl sollten diese Fragen und Antworten die Grundlage für eine noch ausstehende Podiumsdiskussion bilden.

Vorbemerkung:

Bezüglich der Inklusion hat sich in den vergangenen Jahren an der ungerechten Verteilung der Schüler*innen in der Sekundarstufe I (Klassen 5-10) der Oldenburger Schulen nichts verbessert: Im Schuljahr 2020/21 befanden sich (neben den 323 nicht-inkludierten Schüler*innen an den Förderschulen) 522 Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Sek-I der städtischen allgemeinbildenden Schulen, davon 287 Schüler*innen an den vier Oberschulen, 214 Schüler*innen an den drei IGSen und gerade mal 21 Schüler*innen an den fünf Gymnasien. An den Oberschulen machen sie damit 16 % der Schülerschaft aus, an den IGSen 8 % und an den Gymnasien 0,5 %. Im Aufnahmeverfahren in die 5. Klassen zum laufenden Schuljahr hatten bei

den Oberschulen 20 %, bei den IGSen 9,5 % und bei den Gymnasien 0,9 % einen sonderpädagogischen Förderbedarf.

Über die zahlenmäßige Entwicklung der Schüler*innen mit nichtdeutscher Muttersprache lässt sich nichts Neues sagen, weil seit dem letzten Schulentwicklungsplan Muttersprache, Flüchtlingsstatus, Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund nicht mehr erfasst oder bekanntgemacht wurden. Weiterhin gehen wir davon aus, dass wie in 2016 etwa 55 % der Schüler*innen an Oberschulen, 12 % an IGSen und nur 9 % an Gymnasien einen Migrationshintergrund haben – bei ihnen wird zuhause wahrscheinlich nicht deutsch gesprochen, sie brauchen besondere sprachliche Förderung – schon deswegen, weil sie sonst auch den anderen Schulfächern nicht ausreichend folgen können. Soweit uns bekannt, hat keine dieser Schulen, zehn Jahre nach dem gesetzlichen Gebot zur Inklusion, ein Konzept zur Umsetzung der Inklusion.

Unsere Fragen vor dem Hintergrund dieser Entwicklung:

- Welche Ziele will Ihre Partei bezüglich der schulischen Inklusion noch erreichen?
- Nach welchen Kriterien kann eine gerechtere Verteilung der Schüler*innen im Sek-I-Bereich erreicht werden?
- Wie können bessere Bedingungen für eine gelingende Inklusion in den Schulen geschaffen werden?

- Wie stehen sie zu dem GEW-Vorschlag, die neu zu errichtende Grundschule „am Fliegerhorst“ als inklusive Modellschule mit Ausbaumöglichkeit in den Sekundarbereich, mit Einbeziehung von Nachbarschaftseinrichtungen für den Stadtteil und ggf. in Zusammenarbeit mit den angrenzenden Gemeinden und dem LK Ammerland zu planen?

Für den GEW Kreisverband-Oldenburg-Stadt
Elfie Feller, Heinz Bührmann

Wir bedanken uns für die schnellen und ausführlichen Antworten bei:

Nicole Pichotta, **SPD**
Dr. Esther Niewerth Baumann, Annika Eickhoff, Klaus Raschke, **CDU**
Andrea Hufeland, **Grüne**



Welche Ziele will Ihre Partei bezüglich der schulischen Inklusion noch erreichen?



Es sollte eine „gerechtere Verteilung“ der Schüler*Innen geben, damit in allen Schulformen Inklusion gelebte Realität ist.

Es stecken viele Chancen für alle Schüler*Innen in einem vielfältigen Klassenverband. „Voneinander Miteinander zu Lernen“ ermöglicht den Erwerb von Schlüsselqualifikationen, die in der heutigen Zeit immer wichtiger werden. Durch die Pandemie sind viele Berufsfelder komplett verändert worden und es wird darum gehen die Qualifikation zu besitzen, selbstständig und unter verschiedenen Bedingungen lebenslang lernen zu können, sich flexibler auf unterschiedliche Umstände anzupassen, aber auch in einer differenzierten (bzw. vielfältigen) Gesellschaft klar zu kommen. Ein vielfältiger Klassenverband kann eine optimale Vorbereitung sein.



CDU IN DER STADT
OLDENBURG

Oberster Grundsatz der CDU-

Fraktion ist die Wahlfreiheit für Kinder mit hohem Förderbedarf, die es zu erhalten gilt. Denn nur durch die Abschaffung der Förderschulen werden die Probleme bei der Umsetzung der Inklusion nicht gelöst. Im Gegenteil: Neben gut funktionierenden Förderschulen benötigen wir mehr Fortbildungen der Lehrerinnen und Lehrer sowie eine bessere Vorbereitung der Regelschulen auf die Inklusion. Die Eltern sollen gemeinsam mit ihren Kindern aus dem vielfältigen Angebot über den bestmöglichen Weg entscheiden können und dürfen nicht bevormundet werden.

Einen wichtigen Beitrag zu Integration und Inklusion leisten auch die Sprachlernklasse, die 2018 an den Grundschulen abgeschafft wurden. Das wollen wir ändern: In den Grundschulen müssen sie wiedereingeführt und an den weiterführenden Schulen gestärkt werden – gerade auch an den Gymnasien.



Wir Grünen unterstützen ausdrücklich die Arbeit der AG Inklusion an Oldenburger Schulen, die in einem breiten Bündnis regelmäßig Empfehlungen für die inklusive Bildung erarbeitet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Empfehlungen durch Ratsbeschlüsse umgesetzt werden.

Besondere Anliegen sind für uns:

- die Weiterentwicklung aller Oldenburger Schulen zu inklusiven Schulen mit verbindlichen Inklusionskonzepten für alle Schüler*innen.
- die Weiterentwicklung des regionalen Zentrums für Inklusion als multiprofessionelles Kompetenzzentrum mit vollständiger Übernahme der Diagnostik und Beratung zum (sonderpädagogischen) Förderbedarf und geeigneten Lernort.
- der weitere Ausbau aller Schulen für die In-

klusion mit Barrierefreiheit und geeigneten Raumkonzepten.

- der Ausbau und die Weiterentwicklung der pauschalierten Schulbegleitung mit bedarfsgerechter Verteilung und Qualifizierung der Mitarbeiter*innen
- eine Begleitung für Kinder mit Unterstützungsbedarf für die Übergänge zwischen Kita, Grundschule, Sekundarstufe sowie in die weitere berufliche Bildung
- niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Inklusion für Eltern und Fachkräfte in Kitas und Schulen
- Einrichtung multiprofessioneller Teams mit Beratungs-, Hilfs-, Förder-, Therapie- und Pflegeangeboten zur Unterstützung der inklusiven Bildung.

GEW *Nach welchen Kriterien kann eine gerechtere Verteilung der Schüler*innen im Sek-I-Bereich erreicht werden?*



Zum einen muss mehr Transparenz erzielt werden, wie der aktuelle Verteilungsschlüssel ist, damit öffentlicher Druck entsteht. Dann müssen Modellschulen zeigen, welche Vorteile diese gemischte Lerngemeinschaft hat, damit schulische Inklusion als Gewinn gesehen wird. Es wird auch darum gehen Anreize zu schaffen.



CDU IN DER STADT OLDENBURG

Es wird zu Recht kritisiert, dass die übergroße Zahl an „sonderpädagogisch förderbedürftigen Schülern“ in Oldenburg auf die Oberschulen entfällt, was diese zum Teil überfordert. Im Sekundarbereich I lag der Anteil 2020/21 dort bei 16,2 Prozent, an den Gesamtschulen bei 8,5 und den Gymnasien bei 0,55 %. Auch hier spielt die Auflösung von Förderschulen eine Rolle, denn dadurch steigt der Anteil der sonderpädagogisch oder sprachlich Förderbedürftigen an den Oberschulen deutlich. Zum einen müssen die Oberschulen gestärkt und dürfen mit der Umsetzung der Inklusion nicht allein gelassen werden, zum anderen sollten die Voraussetzungen für Inklusion (wie oben beschrieben) an allen Schulformen verbessert werden. Hier sind auch mögliche Kooperationen mit der Universität denkbar.



Wir unterstützen, dass alle Schulen aller Schulformen ihrer Verantwortung und Verpflichtung zur gemeinsamen inklusiven Beschulung aller Schüler*innen gerecht werden. Hier sehen wir das RZI in der Pflicht, alle Schulen bei der Entwicklung von Inklusionskonzepten zu unterstützen und mit Aufklärungsarbeit den Mehrwert von Inklusion aufzuzeigen, Barrieren abzubauen und zu mehr Inklusion zu ermutigen.



**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Oldenburg-Stadt**

Staugraben 4a
26122 Oldenburg

Tel. 0441 - 957 28 45 (Mi + Do 15 - 18 Uhr)

info@gew-oldenburg.de | www.gew-oldenburg.de

PAED OL

Problematisch sehen wir die Situation, dass Beratungs- und Diagnoseaufgaben im Zusammenhang mit der Bestimmung der zu besuchenden Schule von Förderschulen selbst übernommen werden. In der Praxis ist zu beobachten, dass dies häufig zu einer Zuweisung der betroffenen Kinder zu einer Förderschule führt. Für die konkrete Entscheidung über die Schulwahl sollten relevante Beratungs- und Diagnoseaufgaben in unabhängigen Zentren wie dem RZI durchgeführt werden.

Schulen, die einen besonders hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Unterstützungsbedarf aufnehmen, müssen durch eine hohe Ressourcenzuteilung gestärkt werden.

Das stark gegliederte deutsche Bildungswesen ist leider mehr auf Leistungsselektion ausgelegt als auf die Teilhabe aller an allen Angeboten und produziert zu viele Verlierer*innen. Auch in Niedersachsen werden nicht alle Schulen, insbesondere die Gymnasien, ihrer Verantwortung gerecht, sich um Schüler*innen in ihrer Vielfalt zu kümmern und individuelle Unterstützung zu leisten. Besonders Kinder mit Unterstützungsbedarf im Lernen und in der Sprache oder aus bildungsfernen Familien werden zu schwierigen, störenden und schließlich gestörten Kindern gemacht. Unser Ziel, eine Schule für alle und die Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg kann letztlich nur mit der Überwindung des gegliederten Schulsystems erreicht werden. Hier liegt aber leider immer noch ein weiter Weg vor uns. Inklusion stellt die Systemfrage! Wir halten es nicht für zielführend dem gegliederten Schulsystem auf Dauer lediglich einige inklusive Elemente hinzuzufügen.

Um die Bildungslandschaft in unserer Stadt inklusiver und gerechter zu gestalten, setzen wir uns dafür ein, dass zentrale bildungspolitische Fragen gemeinsam mit allen Beteiligten beraten werden.



Wie können bessere Bedingungen für eine gelingende Inklusion in den Schulen geschaffen werden?



Über mehr und besser geschultes Personal, gute Lernumgebungen, aber auch in einer besseren Kultur des Miteinanders.



CDU IN DER STADT
OLDENBURG

Hier muss der erste vor dem zweiten Schritt

erfolgen. Inklusion darf nicht von oben verordnet werden, wenn die Voraussetzungen noch gar nicht oder kaum vorhanden sind. Sie kann an Regelschulen nur mit speziell geschulten Lehrkräften und darüber hinaus mit zusätzlich qualifiziertem Personal wie Schulbegleitern, Sozialarbeitern oder Psychologen gelingen. Eine weitere Bedingung sind entsprechend gestaltete und ausgestattete Räume in den Schulen. Sonst kann eine fachgerechte Inklusion an Regelschulen nicht oder nur schwer gewährleistet werden und dadurch scheitern.



Die große Herausforderung der Inklusion ist es, Regelschulen so zu gestalten, dass individuelle Förderung

und Förderung in heterogenen Gruppen ermöglichen. Neben einem differenzierten Angebot für alle Schüler*innen gehören auch u.a. niedrigschwellige Jugendhilfeangebote, Schulbegleitung und Vernetzung von Schulen mit außerschulischen Bildungspartner*innen dazu. Für Eltern, Lehrkräfte und Fachkräfte braucht es Beratung und Begleitung, um die Vorteile und Chancen von Inklusion, von Zusammenhalt und le-



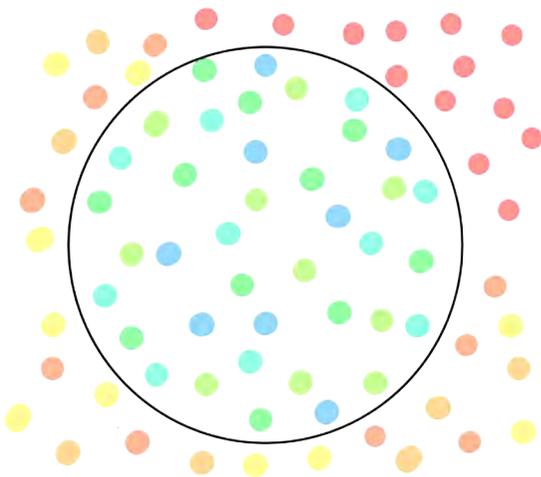
bedingem Miteinander in Vielfalt zu erleben. Auf Landesebene müssen im Schulgesetz Vorgaben verankert werden, um ein zielgerichtetes und planvolles Zusammenführung von Förder-schulen - die einen Großteil der Ressourcen und Kompetenzen binden - und allgemeinen Schu-len zu einem inklusiven Bildungssystem zu er-möglichen. Konkret fordern wir hier klare Rege-lungen für eine Verteilung von Ressourcen über einen Sozialindex, die Weiterentwicklung des re-gionalen Zentrums für Inklusion als multiprofes-sionelles Kompetenzzentrum zur Beratung und Unterstützung von Schulen und Eltern, feste Förderlehrer*innenstellen in inklusiven Schulen und eine Reform der Lehrer*innenausbildung, die dem Thema Inklusion mehr Gewicht und Raum gibt.

GEW *Wie stehen sie zu dem GEW-Vorschlag, die neu zu errichtende Grundschule „am Fliegerhorst“ als inklusive Modellschule mit Ausbaumöglichkeit*

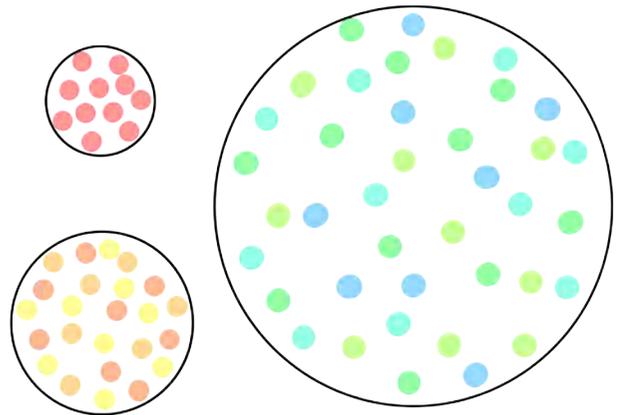
in den Sekundarbereich, mit Einbeziehung von Nachbarschaftseinrichtungen für den Stadtteil und ggf. in Zusammenarbeit mit den angrenzenden Gemeinden und dem LK Ammerland zu planen?



In der aktuellen Debatte sind sich die politischen Akteure einig, dass diese neu zu planende Schule die Chance bietet auch neue Wege zu gehen. Dafür wurde ein Prozess angestoßen, der unter Beteiligung von unterschiedlichen Experten angelau-fen ist. Hier liegt die Chance eine neue beson-dere Lernumgebung zu schaffen. Wir würden den Aspekt der Inklusion auf jeden Fall in die-sem Prozess berücksichtigt wissen wollen. Die Planung mit den angrenzenden Gemeinden und dem LK Ammerland sehen wir aktuell skeptisch, da es sich hierbei um unterschiedliche Schult-räger handeln wird. Dadurch entsteht hinsicht-lich der Aufteilung der Kosten und der Quoten für Schüler*innen ein erheblicher bürokratischer



Exklusion



Separation

Mehraufwand, der für unsere neu zu errichtende Grundschule in der Planung und Konzeption eine besondere zusätzliche Herausforderung darstellen wird.



CDU IN DER STADT
OLDENBURG

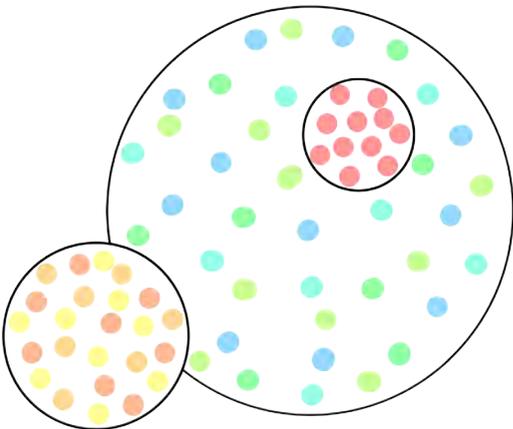
Das werden die weiteren Beratungen in dieser Ratsperiode zeigen. Wichtig ist zunächst einmal, dass der neue Stadtteil am Fliegerhorst eine Grundschule erhält, die den Bedürfnissen und modernen Standards entspricht. Wir gehen offen in die anstehenden Beratungen.



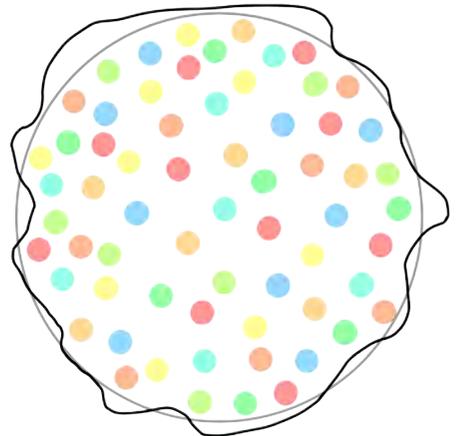
Für das Schulsystem sehen wir grundsätzlich die Notwendigkeit einer dringenden Neuorientierung mit mehr Angeboten und Freiräumen für individuelle Förderung und Herausforderung, mit Etablierung von multiprofessionellen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, mit Ausbau der Bildung für nachhaltige Entwicklung und einem

didaktisch-methodischen Konzept zur digitalen Bildung. Der Schulneubau auf dem Fliegerhorst bietet eine großartige Chance, um in Oldenburg eine Modellschule zu schaffen und mit der Architektur eine hochwertige und zeitgemäße Bildung für alle zu unterstützen und die Zukunftsfähigkeit des Bauvorhabens sicherzustellen.

Für den geplanten Schulneubau fordern wir ein breit angelegtes Beteiligungsverfahren zur Entwicklung eines modellhaften Pädagogischen Konzeptes und Raumkonzeptes, das in Bezug auf Ganzttag, Inklusion, Digitalisierung und Nachhaltigkeit eine zeitgemäße Bildung für alle unterstützt. In dem Beteiligungsverfahren sollten auch die von der GEW vorgeschlagenen Möglichkeiten einbezogen und diskutiert werden. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Pädagogik, Architektur, Planung und Verwaltung sollen Grundlagen, Richtlinien und Konzepte erarbeitet werden.

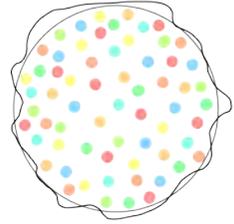


Integration



Inklusion

Klares Bekenntnis zur Inklusion



*Ute Wiesenäcker, Henner Sauerland, Hansjürgen Otto,
Gesine Multhaupt, Elfie Feller*

Aus dem gewerkschaftlichen Grundverständnis heraus bekennt sich der GEW-Kreisverband Oldenburg-Stadt zur Inklusion. Wir erwarten die erforderliche Unterstützung seitens der politischen Verantwortlichen in Bund, Land und Stadt. Hoffnung setzen wir in eine Gesellschaft, die sich einer konsequenten Umsetzung der Inklusion öffnet.

Es darf jedoch nicht nur bei der Hoffnung bleiben! Zu deutlich und laut klagen Beteiligte im Inklusionsprozess an den Oldenburger Schulen die Mängel an:

- Fehlende Inklusionskonzepte der Schulen
- Fehlendes inklusiv geschultes Personal – nicht nur Förderlehrkräfte und Pädagogische Mitarbeiter*innen
- Fehlende Unterstützung im Schulbetrieb durch Kultusministerium, Schulbehörde und RZI (Regionales Zentrum Inklusion)
- Fehlende Kontinuität abgeordneter Förderlehrkräfte im Kollegium
- Fehlende Korrekturen an der Ungleichverteilung der Inklusionsaufgaben zwischen den Schulen

Eine kleine Inklusions-Arbeitsgruppe hat sich im GEW-Kreisverband Oldenburg-Stadt gebildet, um initiativ zu werden in Bezug auf Verbesserungen beim Umsetzen der Inklusion an Schulen. Mit einer Inklusionsveranstaltung möchte diese Arbeitsgruppe die Probleme ansprechen, aber vorrangig gelingende Beispiele vorstellen. Diese gibt es auch in Oldenburg – wir bitten alle Schulen, sich an dieser Veranstaltung Anfang Mai zu beteiligen, um Perspektiven zu entwickeln.

Gleichzeitig versucht die Arbeitsgruppe politische Forderungen zu entwickeln, die die Landtagswahl beeinflussen sollten, damit das Gelingen der Inklusion wieder an Gewicht gewinnt.

Das benötigt die Umsetzung der Inklusion:

- Anschub-Initiative seitens der Landesregierung für die Installierung eines verpflichtenden Moduls Inklusion in allen Lehramtsstudiengängen und/oder Institutionalisierung von „Inklusiver Pädagogik“ als Lehramtsfach in allen Lehrämtern
- Institutionalisierung des RZI als unabhängige Beratungsstelle durch das Kultusministerium
- Einzelfördernde Beratung und Unterstützung der Kollegien in Bezug auf die Ausarbeitung von Inklusionskonzepten durch das RZI und durch wissenschaftliche Begleitung seitens der Universität
- Fortbildung für Schulleitungen im Hinblick auf inklusive Schulentwicklung
- Bindung der personellen Ressourcen an das entwickelte Inklusionskonzept – Vermeidung eines Abordnungskarussells

Damit diese Forderungen und Wünsche bei den Verantwortlichen Gehör finden, bedarf es der nachhaltigen und breiten Unterstützung durch Lehrkräfte, Eltern, Schüler*innen, Pädagog*innen und bildungs- und sozialpolitisch Aktive.

*Auf dieser Seite kannst du Deinen
Beitrag für die PaedOL einkleben,
den wir nicht mehr drucken konnten,
da der Abgabetermin leider
verstrichen war...*

Solidarität im Zeichen von COVID-19

Eine komplexe Herausforderung

Heinz Bührmann

Das Wort Solidarität hatte lange keinen Eingang in die Köpfe der modernen Konservativen gefunden, war es doch lange eher ein Kampfbegriff der Linken. Erst die Solidarnosc-Bewegung, die zur Überwindung der realsozialistischen Bevormundung in Polen maßgeblich beitrug, öffnete diesem Wort auch die Denkstuben der konservativ eingestellten Bürgerlichen in Westeuropa. So weit, so gut. Solidarität ist prinzipiell der modernisierte, gender-neutrale Begriff, der dem französischen „fraternité“ entspricht, nur eben nicht ausschließlich für Brüder, sondern notfalls auch für Brüder:Innen.

Mit **Freiheit** haben Liberale und Konservative keinerlei Probleme – das Wort wird schneller gezückt als ein Colt im „Wilden Westen“; **Gleichheit** hingegen unterscheidet die Linken von den Rechten: Für die einen ist Ungleichheit ein Naturgesetz, quasi Motor und Treibstoff für Fortschritt und Entwicklung, für die Anderen ist Ungleichheit ein Übel der Menschheit, herbeigeführt und verstärkt von Mächtigen zur Unterwerfung der Massen. Bislang haben sich die meisten politischen Diskurse stets um diese Begriffe gedreht, nun kommt auch noch das Postulat der **Solidarität** hinzu, die Empathie, Hilfe, Unterstützung, Aktivität, Hingabe abverlangt. (Da haben es die Vordenker:Innen in Frankreich aber übertrieben!)

Was bedeutet nun dieser Begriff HEUTE, im Zeichen von Covid19, angesichts massiver konkreter Einschnitte und Veränderungen im alltäglichen Leben? Was müssen die Geimpften tun, damit sich die Ungeimpften wieder wohler fühlen? Und umgekehrt bitte auch! Was muss im politischen Diskurs anders laufen als bisher, wo doch Spaltung und Unüberwindbarkeit die zentralen Begriffe zu sein scheinen? Wie soll sich eine Ge-

werkschaft verhalten und verorten, wenn Menschen bei ihrer Unterstützung suchen angesichts des ständig steigenden Drucks, sich endlich impfen zu lassen, sich zu rechtfertigen, warum das noch nicht geschehen ist, und ggf. eine berufliche Veränderung droht? Was sagt die gleiche Gewerkschaft Jenen, die sich nicht sicher fühlen ob der Infektionsrisiken, die von Schutzbefohlenen, deren „Entourage“ sowie „unnötigerweise“ auch von Kolleg*:Innen ausgehen?

Ist die GEW jetzt die Anlaufstelle, für all jene, die Schwierigkeiten mit der Impfung haben, empfinden oder befürchten, oder ist die GEW die Organisation, die maximalen Arbeitsschutz anstrebt? Wie gehen wir angemessen mit den Fragestellungen derer um, die „gute Gründe“ für die Nicht-Impfung haben? Wie verhalten wir uns richtigerweise gegenüber den überzeugten Impf-Gegner:Innen, ohne in der binären „Richtig-Falsch-Falle“ zu landen? Ist das, was die Mehrheit sagt, tut und glaubt auch automatisch richtig?

Unsere Gewerkschaft heißt „Erziehung und Wissenschaft“, womit deutlich wird, dass die Arbeit und Erkenntnisse der Wissenschaften hohen Stellenwert haben. Demokratie ablehnende, Wissenschaft verneinende, auf bloßer Vermutung beruhende (Verschwörungs-)Theorie und die Ablehnung kultureller Errungenschaften wie Toleranz, Friedfertigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Diskursbereitschaft und v.a. Demokratie, hat in dieser Gewerkschaft keinen Platz. Das ist nicht unreflektiertes Nachbeten von obrigkeitstaatlichen Vorgaben, sondern konstruktive Mitgestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft von MORGEN!

Montagabend- Impressionen

Paul-Willem Schläfke

Seit längerer Zeit treffen sich in Oldenburg am Montagabend zwischen 500 und 1.000 Menschen, die sich zu sogenannten Spaziergängen treffen, um gegen die Coronapolitik zu protestieren.

Vorher treffen sich aber auf dem Schlossplatz schon etwa 200 andere Menschen zu einer angemeldeten Gegendemonstration, da sie eine andere Grundhaltung gegenüber der Coronapolitik vertreten und sie der Meinung sind, dass sie sich gegen die sogenannten, rechtsoffenen „Spaziergänge“ der „Freien Oldenburger“ und gegen „Querdenken 441“ positionieren müssen.

Über 500 Personen auf der einen gegenüber nur 200 auf der anderen Seite. Schade!

Warum lassen sich nicht mehr Bürger*innen aus Oldenburg auf dem Schlossplatz sehen, um ein eindeutiges Zeichen gegenüber den „Freien Ol-



denburger“ und den „Querdenken 441“ zu setzen. Müssten es nicht zahlenmäßig bedeutend mehr als 1000 Menschen sein, um den „Freien Oldenburger“ und den „Querdenken 441“ zu zeigen, dass sie mit ihren „Spaziergängen“ nicht die Mehrheit darstellen?



Kreisvorstand GEW Oldenburg-Stadt

Stand: 28. Februar 2022

Vorsitzende

Heinz Bührmann	Uhlhornsweg 45 26129 Oldenburg	0441- 36 14 89 19 heinz57gew@ewetel.net	Vorsitzender
Paul-Willem Schläfke	Eichendorffstr. 12 b 26131 Oldenburg	0441- 7703057 Paul-willem.schlaefke@t-online.de	Schatzmeister

Weitere Mitarbeit

Elfie Feller		info@gew-oldenburg.de	Bürokontakt
Mark Phillip Rode		info@gew-oldenburg.de	
Eva Bensch		info@gew-oldenburg.de	FG Senioren
Rolf Heidenreich		info@gew-oldenburg.de	
Helmut Morgenbrodt		info@gew-oldenburg.de	Bürokontakt
Rita Vogt		info@gew-oldenburg.de	FG PTF
Pedro Martinez		info@gew-oldenburg.de	
Marcel Klatte		info@gew-oldenburg.de	UNI-Kontakt
Samuel Pelz		info@gew-oldenburg.de	
Ines Jäschke		info@gew-oldenburg.de	Kontakt zum DGB
Elisabeth Janssen		info@gew-oldenburg.de	UNI-Kontakt
Rüdiger Semmerling		info@gew-oldenburg.de	

Büro

Merle Bührmann	Staugraben 4a 26122 Oldenburg	0441-9 57 28 45 Fax: 248 8004 info@gew-oldenburg.de	Verwaltung Mittwoch und Donnerstag 15- 18 Uhr (während der Schulferien nicht besetzt!)
-----------------------	----------------------------------	---	--

Vorstand „Bildung und Solidarität“ Stiftung der GEW Oldenburg-Stadt

Hansjürgen Otto	Uhlhornsweg 41 26129 Oldenburg	0441- 7 47 01 hansjuergen.otto@t-online.de	Sprecher
Monika de Graaff		0441- 7 15 46 Fax 0441-5702223 m.degraaff@t-online.de	
Axel Kleinschmidt		0441- 9694994 Axel.kleinschmidt@ol.de	

Der Kreisvorstand tagt monatlich außerhalb der Schulferien. Termin und Ort der Sitzungen werden auf der Homepage des Kreisverbandes bekannt gegeben: <https://oldenburg.gewweserems.de>
Die Sitzungen sind öffentlich.

Jetzt Mitglied werden !



Antrag auf Mitgliedschaft

Bitte in Druckschrift ausfüllen oder online Mitglied werden unter:
www.gew.de/Mitgliedsantrag.html



Persönliches

Nachname (Titel) _____ Vorname _____

Straße, Nr. _____

Postleitzahl, Ort _____

Telefon / Fax _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Nationalität _____

gewünschtes Eintrittsdatum _____

bisher gewerkschaftlich organisiert bei _____ von _____ bis (Monat/Jahr) _____

weiblich männlich

Berufliches (bitte umseitige Erläuterungen beachten)

Berufsbezeichnung (für Studierende: Berufsziel), Fachgruppe _____

Diensteintritt / Berufsbeginn _____

Tarif- / Besoldungsgebiet _____

Tarif- / Besoldungsgruppe _____ Stufe _____ seit _____

monatliches Bruttoeinkommen (falls nicht öffentlicher Dienst) _____

Betrieb / Dienststelle / Schule _____

Träger des Betriebs / der Dienststelle / der Schule _____

Straße, Nr. des Betriebs / der Dienststelle / der Schule _____

Postleitzahl, Ort des Betriebs / der Dienststelle / der Schule _____

Beschäftigungsverhältnis:

- | | | |
|--|--|--|
| <input type="checkbox"/> angestellt | <input type="checkbox"/> beurlaubt ohne Bezüge bis _____ | <input type="checkbox"/> befristet bis _____ |
| <input type="checkbox"/> beamtet | <input type="checkbox"/> in Rente/pensioniert | <input type="checkbox"/> Referendariat/Berufspraktikum |
| <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Std./Woche | <input type="checkbox"/> im Studium | <input type="checkbox"/> arbeitslos |
| <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Prozent | <input type="checkbox"/> Altersteilzeit | <input type="checkbox"/> Sonstiges _____ |
| <input type="checkbox"/> Honorarkraft | <input type="checkbox"/> in Elternzeit bis _____ | |

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an.

Ort / Datum _____ Unterschrift _____

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt a. M.

Gläubiger-Identifikationsnummer DE31ZZ00000013864

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der GEW auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) _____

Kreditinstitut (Name und BIC) _____

IBAN _____

Ort / Datum _____ Unterschrift _____

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an die GEW Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover

Vielen Dank – Ihre GEW



DIALOGPOST
Ein Service der Deutschen Post

GEW-Kreisverband
Staugraben 4a
26122 Oldenburg



Bitte vormerken:

SOMMERFEST

der GEW-Oldenburg-Stadt

12. Mai 2022

ab 19.00 Uhr

im Schirrmann's (Jugendherberge)

Impressum

Herausgeber*in: **GEW** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Kreisverband Oldenburg-Stadt
Staugraben 4a, 26122 Oldenburg, Tel. 0441/957 28 45
info@gew-oldenburg.de

Redaktion: GEW KV Oldenburg-Stadt

V.i.S.d.P.: Heinz Bührmann, Uhlhornsweg 45, 26129 Oldenburg

Layout & Druck: Druckerei Gegendruck, 26135 Oldenburg

Auflage: 1.600

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.